



Amtsgericht Coesfeld

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung
zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Freitag, 08.08.2025, 10:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 104, Friedrich-Ebert-Str. 6, 48653 Coesfeld**

folgender Grundbesitz versteigert werden:

**Grundbuch von Kirchspiel Dülmen, Blatt 615,
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Kirchspiel Dülmen, Flur 85, Flurstück 111,
Gebäude- und Freifläche, Borkenbergstraße 136, Größe: 1.400 m²

Nach den Ermittlungen des Gutachters handelt es sich bei dem Grundstück um ein Grundstück mit einem eingeschossigen, freistehenden Einfamilienhaus mit teilweise ausgebautem Dachgeschoss. Es ist teilweise unterkellert. Das Gebäude wurde ursprünglich im Jahr 1965 errichtet. Zusätzlich befindet sich eine Garage aus dem Baujahr 1976 auf dem Bewertungsgrundstück.

Wohnfläche gemäß Gutachten rund 185 qm.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 23.08.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

430.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.